

sehen, daß der moderne Mensch zum Monolog neige, d. h. zuwenig *kommunikative* Fähigkeiten entfalte. Gegenüber früheren Epochen weise er ein „ethisches Defizit“ insofern auf, als seine diesbezügliche „Lernfähigkeit“ hinter den steigenden, von der modernen Wissenschaft und Technik gebotenen Machtchancen für oder gegen die Humanität zurückbleibe. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Frage, welche Kriterien der Redner für die Frage, was „bereichernd“ sei, zu bieten habe. Der so Angesprochene gab sie an die christliche Sozialethik zurück. Das in diesem Zusammenhang erneut einsetzende Bemühen um das spezifisch Christliche wurde als mehr „akademisch“ bezeichnet, da sich die Christen selbst in einer „Identitätskrise“ befinden.

Induktive Ethik

Prof. J. Messner, Wien („Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit sozialetischer Normen“), überraschte viele Tagungsteilnehmer durch eine betont *induktive*, an den Erfahrungs- und säkularen Humanwissenschaften orientierte Anthropologie und Ethik, die eine lange christliche Tradition auf den heutigen Frage- und Erkenntnisstand in engsten Dialog mit der Welt von heute zu bringen bestrebt war. Aus zeitlichen Gründen kam es zu keiner eigentlichen Diskussion des Referates. Prof. M. Machovec, Prag („Das Humanum als Leitbild sozialistischer Gesellschaftsentwürfe“), plädierte für einen humanen Marxismus. In Marx müsse in erster Linie nicht der Ökonom, sondern der

Humanist gesehen werden. In diesem Sinn seien der alte und der junge Marx nicht im Gegensatz, sondern als Einheit zu betrachten. Machovec, dem es gelang, ein persönliches Zeugnis für einen rehumanisierten Marxismus abzulegen, konnte Fragen nach einer konkreten Ethik, nach einer konzisen politischen Theorie des neuen Marxismus, für den er eintrat, nur durch dieses persönliche Zeugnis beantworten.

Betrachtet man den Tagungsverlauf unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Situation der christlichen Sozialethik als ökumenischer Sozialethik, so ist nach dem eingangs über die Weltkirchenkonferenzen Gesagten ein „akademischer“ Überhang unverkennbar. Es wird notwendig sein, künftige Tagungen dieser Art mehr auf der Basis des auf den Weltkirchenkonferenzen und in ihren Dokumenten schon Erreichten durchzuführen, vor allem aber ihre Kenntnis vorauszusetzen. Eine breitere Auseinandersetzung der katholischen Sozialethiker jedenfalls des deutschsprachigen Raumes mit diesen Dokumenten hat gerade erst begonnen. Diese Auseinandersetzung ist also noch ohne Tradition. Eine Studientagung wie die beschriebene steht am Beginn einer Entwicklung, nicht der ökumenischen Sozialethik, wohl aber der wissenschaftlichen Kommunikation unterhalb der Ebenen des Ökumenischen Rates der Kirchen und seiner Organe. Eine solche Tagung kann zunächst mehr Impulse als „Ergebnisse“ zeitigen. Mehr und mehr aber durfte sich die Erkenntnis durchsetzen, daß christliche Sozialethik eine Chance nur noch als ökumenische Sozialethik besitzt.

Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialarbeit

Vom 9. bis 13. Juni veranstaltete die Sozialabteilung des Bundesministeriums des Innern in Bergneustadt ein Seminar über „Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialarbeit“. Die Anregung dazu war von einem europäischen Erfahrungsaustausch zum gleichen Thema ausgegangen, der unter Leitung der Vereinten Nationen im Oktober 1968 in Arnoldshain stattgefunden hatte. Von den fast 80 Teilnehmern am Bergneustädter Gespräch waren je etwa ein Drittel Vertreter der staatlichen Sozialarbeit, der freien Wohlfahrtsverbände und der Publi-

zistik bzw. der Werbung. Der eigentliche Anlaß war die Erkenntnis der verantwortlichen Vertreter der Sozialarbeit in Deutschland gewesen, daß — wie in den meisten europäischen Ländern — das Verständnis der Öffentlichkeit für die Belange der Wohlfahrtspflege und der Sozialdienste zurückgegangen ist. Mangelnde Information seitens der Sozialarbeit habe bei den publizistischen Medien mangelndes Interesse bewirkt, dies wiederum habe die ungenügende Kenntnis der Probleme in der Öffentlichkeit zur Folge, was sich

schließlich verhängnisvoll auf Budgetberatungen in jenen Gremien auswirke, von denen die Förderung der Sozialarbeit abhängige. Viele überholte Vorstellungen, nach denen Sozialarbeit immer noch als Armenhilfe verstanden werde, müßten abgebaut werden. Jener Personenkreis, der Leistungen der Wohlfahrtspflege in Anspruch nehme (etwa eine Million in der BRD), sei „schichtenunabhängig“, der Bereich psychischer Erkrankungen und die Hilfe für behinderte Kinder machten dies besonders deutlich (so M. Grewe-Partsch, Hessischer Rundfunk). Selbst die Vertreter des Innenministeriums betonten, Sozialarbeit sei heute eine sich zunehmend spezialisierende, selbstverständliche „öffentliche Dienstleistung“. Sozialarbeiter und Publizisten müßten gemeinsam die Ursachen für die mangelnde Resonanz aufdecken und nach Wegen für eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit suchen. Das Referat des BASF-Werbeleiters A. Oeckl, Ludwigshafen, über „Public Relations als Methode“ und ihre Möglichkeiten in der Sozialarbeit diene der Information über das know-how, wobei deutlich zwischen Absatzwerbung und Werbung für soziale Belange unterschieden wurde. Insgesamt erfuhren die Journalisten auf diesem Seminar mehr über Probleme und Konflikte in und zwischen den verschiedenen Stellen und Verbänden. Das eigentliche „Wie“ der Öffentlichkeitsarbeit kam erst relativ spät in Diskussionsgruppen zur Sprache.

Grenzen eines Versorgungsstaats

Die sechs Vorträge und die Diskussionen warfen eine Fülle von Fragen und Problemstellungen auf, die weitgehend ohne gültige Lösung bleiben mußten. Die Thematisierung dieser Probleme steht noch zu sehr in den Anfängen. So war es wohl das Hauptanliegen des Seminars, die Diskussion dieser Fragen überhaupt in Gang zu bringen. Einige Kontroversen durchzogen den Gesamtverlauf der Tagung. Laut demoskopischer Erhebung befürworten zwei Drittel der Bundesdeutschen einen perfekten Versorgungsstaat (Dr. Geiger vom Allensbacher Institut). Welchen Sinn haben dann noch freie Wohlfahrtsverbände und private Initiativen? Manche Teilnehmer entwarfen eine vereinfachte Alternative vom Sozialstaat einerseits, der (statt

militärischen Wettrüstens) die Steuer-gelder in die rechten Bahnen zu lenken habe, und der mitleidigen Gesten der breiten Bevölkerungsmasse andererseits, die sich durch 20-Pfennig-Spenden von der Gewissensunruhe angesichts sozialer Mißstände loskaufen möchte. Einige forderten sogar die „Selbstliquidierung der freien Wohlfahrtsverbände“. Es waren aber interessanterweise Vertreter staatlicher Stellen, die dem entgegenhielten, die freien Verbände könnten auf unerwartete und neuentstandene Notstände spontaner und flexibler reagieren als die staatlichen Sozialämter, die gesetzlich enger gebunden seien.

J. A. Bakker vom niederländischen Ministerium für Sozialwesen hielt manchem Utopisten entgegen, in einer dynamischen Gesellschaft sei ein perfekter Versorgungsstaat gar nicht realisierbar, weil stets neue Bedürfnisse entstünden. Freie Verbände blieben unerlässlich, denn da man dem Staat bereits „das Notwendigste abbetteln“ müsse, könnten nur sie die Energie aufbringen, auch für das „Wünschenswerte“ einzutreten. Bakker konnte mitteilen, daß in Holland alle freien Initiativen zu 90 Prozent aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden. Aber selbst Vertreter des Bundesinnenministeriums konnten keine Vergleichszahl nennen, sie beschränkten sich auf die Feststellung, daß der Anteil staatlicher Zuwendungen schwer zu eruieren sei, insgesamt aber niedriger als in den Niederlanden liege. Pressevertreter bezweifelten, daß die Sozialarbeit überhaupt an Public Relations interessiert sei. Ob es nicht bezeichnend für den Widerstand gegen kritische Durchleuchtung der Verhältnisse in den Verbänden sei, so wurde gefragt, daß namhafte Soziologen in der Sozialarbeit nicht zu finden seien? Prestigefragen und unfruchtbares Konkurrenzdenken behinderten die Arbeit und verschlängten große Summen. Demgegenüber betonten die „Beschuldigten“, sie wüßten sehr genau, was bei ihnen „faul“ sei, es liege aber letzten Endes an der falschen Einstellung der Öffentlichkeit. Selbst bei den Sozialpolitikern fänden sie für ihre Anliegen zu wenig Gehör. Die Medien müßten ihnen hier helfen, Zielgruppen anzusprechen (Ärzte, Politiker), denn die breite Öffentlichkeit nehme Informationen nur sehr selektiv auf. Während jüngere Rundfunkleute „Agitation“ zur Schaffung

eines Problembewußtseins, ja selbst die „Revolutionierung der Gesellschaft“ forderten, konnten einige Verwaltungspraktiker überzeugend die Grenzen ihrer Möglichkeiten aufweisen.

Spannungen gab es nicht nur zwischen Vertretern der Öffentlichkeits- und der Sozialarbeit. Die Vorträge und Diskussionen machten deutlich, daß auch zwischen freien Wohlfahrtsverbänden und staatlichen und kommunalen Stellen Meinungsverschiedenheiten bestehen, daß die freien Verbände untereinander rivalisieren und daß schließlich die Verbände in sich heftige Auseinandersetzungen erleben. U. a. wies E. Schnydrig vom Deutschen Caritasverband darauf hin.

Geht es ohne Wertvorstellungen?

Die Frage nach der Wertgebundenheit sozialer Arbeit und der Vorwurf der „Ideologie“ waren zumindest stets latent vorhanden und kamen öfters zum Ausbruch. Die „Gesellschaft“ wurde beschuldigt, überholten Moralvorstellungen nachzuhängen, wenn sie Begriffe wie „selbstverschuldete Not“ weiterschleppe — was nicht unbestritten blieb. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß psychisch Kranke nicht mehr Entgegenkommen zu erwarten hätten als Kriminelle und Suchtkranke. Unter heftigem Widerspruch wurde beispielsweise der Caritas vorgeworfen, sie „diskriminiere“ nach wie vor uneheliche Kinder und ledige Mütter. Daß es zu Gewissenskonflikten gelegentlich kommen könne, zum Beispiel wenn im Rahmen der Eheberatung in einem bestimmten Fall nach menschlichem Ermessen Scheidung anzuraten sei, wurde von katholischer Seite eingeräumt. Gelegentlich kamen besonders gegenüber der kirchlichen Wohlfahrtspflege ererbte Emotionen zum Durchbruch. Die kirchlichen Vertreter zeigten sich in

solchem Disput relativ ungeübt, obwohl besonders von publizistischer Seite häufig gegen nicht mehr vorhandene oder im Schwinden begriffene Einstellungen polemisiert wurde. Generelle Zustimmung fand indes die Forderung, die noch da und dort feststellbare „Arroganz“ im Umgang mit den Klienten müsse in staatlichen wie in freien Einrichtungen abgebaut werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit müsse dem Bürger klargemacht werden, daß er bei Inanspruchnahme der Fürsorgestellen einen Rechtsanspruch geltend mache, der auf den eigenen Steuerleistungen beruhe.

Was das eigentliche Thema, die Öffentlichkeitsarbeit in der Wohlfahrtspflege, betraf, so war man sich eher über die Grenzen der Wirkmöglichkeiten klar als über sachgerechte Werbung. Die wesentliche Frage nach dem Berufsbild des Sozialarbeiters und seine auch von Ausbildung und Gehalt bestimmte gesellschaftliche Stellung wurden nur gestreift, obwohl jeder Sozialarbeiter bereits durch seine Person in gewissem Sinne „Öffentlichkeitsarbeit“ betreibt.

In einer an das Innenministerium adressierten Resolution forderten die Teilnehmer u. a. die Errichtung eines unabhängigen Zentralinstituts für Sammlung und Verbreitung der Informationen aus dem Sozialbereich und eine Enquête über den Stand der deutschen Sozialarbeit. Das Fehlen einer solchen Untersuchung wurde auf diesem Seminar besonders deutlich. Ebenso notwendig wären systematische Arbeiten über die Beziehungen von Public Relations und Sozialarbeit. Die künftigen Aufgaben der Sozialarbeit seien in Umrissen bereits erkennbar, aber die notwendigen Vorbeugemaßnahmen stünden noch aus (Grewe-Partsch). Die Sozialarbeit habe hier eine „gesellschaftskritische Funktion“ zu erfüllen (Bakker), die durch Öffentlichkeitsarbeit effektiv werden müsse.

Pax-Romana-Kolloquium über die Autorität

Im Rahmen einer seit einiger Zeit geübten Praxis hatte die „Internationale Bewegung katholischer Akademiker“ (Pax Romana) für die Zeit vom 7. bis 9. Juni 1969 zu einem ihrer traditionellen Experten-Kolloquien eingeladen, bei dem durch direkte und interdisziplinäre Diskus-

sionen gewisse aktuelle Themen behandelt werden sollten, die für das christliche Denken Probleme aufwerfen. Hatte man sich bisher u. a. mit Teilhard de Chardin oder sozial-ethischen Themen wie „Soziale Ungerechtigkeit und die Ethik der Revolution“ beschäftigt, so galt dies-